

Antrag

der Fraktion des Zentrums

**betr.: Protest gegen Bildung neuer polnischer
Provinzen aus urdeutschen Kreisen.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, Artikel 9, wonach die deutschen Gebiete jenseits der Oder und der Lausitzer (Görlitzer) Neiße ausdrücklich bis zur endgültigen Regelung der polnischen Westgrenze im kommenden Friedensvertrag Polen nur zur vorübergehenden Verwaltung übertragen worden sind, hat die polnische Regierung die Zahl der bereits vorhandenen 14 polnischen Provinzen durch die Bildung von drei neuen „polnischen“ Provinzen aus urdeutschen Kreisen in Pommern, in Grenzmark-Westpreußen, in Niederschlesien und in Oberschlesien mit dem Sitz in Köslin/Pommern, in Oppeln/Oberschlesien und in Grünberg/Niederschlesien auf 17 erhöht.

Der Bundestag legt gegen diesen jüngsten polnischen Willkürakt in Ostdeutschland vor aller Weltöffentlichkeit zum Ausdruck der Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen, besonders mit den aus diesen ostdeutschen Provinzen, schärfsten Protest ein.

Die Bundesregierung wird ersucht, bei den Alliierten Hohen Kommissaren in diesem Sinne sofort und mit allem Nachdruck vorstellig zu werden.

Bonn, den 5. Juni 1950

**Frau Wessel
Krause
Dr. Reismann
Determann
Pannenbecker**

**Dr. Glasmeyer
Ribbeheger
Frau Arnold
Dr. Hamacher
Dr. Bertram**